

Mittwoch, 22. Juli 2026, Fürstenfeldbrucker Tagblatt / Im Osten

Asylunterkunft: Bürger positionieren sich

Eichenau – Die Asylbewerberunterkunft am Lindenweg in Eichenau wird wohl geschlossen. Die Gemeinde will die Baugenehmigung wie berichtet für die Unterkunft nicht verlängern. In einer Pressemitteilung stellen mehrere Bürger sowie Grünen-Vertreter, die sich laut eigenen Worten ehrenamtlich im Bereich Migration engagieren, dafür nun klare Forderungen.

„Die Diskussion über die Gemeinschaftsunterkunft am Lindenweg darf nicht auf die Frage verkürzt werden, ob eine Baugenehmigung verlängert wird oder nicht“, heißt es in dem Schreiben von Hans Sautmann, Georg Meyer, Giovanni Maio, Rudolf Schwarz, Albert Hartl, Heide Adomeit, Andrea Steinhauser, Claudia Clemente, Reinhard Neuhofer, Christine Hausen, Rike Schiele, Verena Oliveira dos Santos und Sabine Canditt. „Entscheidend ist, was mit den Menschen geschieht, die dort leben.“

Eine mögliche Schließung der Unterkunft müsse – unabhängig davon, ob sie von der Gemeinde oder dem Landratsamt betrieben werde – „geordnet und sozialverträglich“ erfolgen. In der Unterkunft leben aktuell circa 50 Menschen, darunter Kinder und Jugendliche, die Schule oder Kita besuchen, sowie Menschen, die arbeiten und auf erreichbare Arbeitswege mit öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen seien. „Eine Verlegung irgendwohin im Landkreis kann für sie bedeuten: Schulwechsel, Kitawechsel, längere Arbeitswege, Abbruch von Sprachkursen und Verlust sozialer Kontakte“, betonen die Eichenauer.

Und weiter: „Wir sprechen uns nicht dafür aus, die Containeranlage am Lindenweg dauerhaft festzuschreiben.“ Kleinere und dezentrale Wohnformen wären ihrer Meinung nach besser. „Aber wenn die Unterkunft geschlossen werden soll, braucht es einen Übergangsplan, der die Integrationsperspektive der Bewohner berücksichtigt.“ Frei werdende Plätze in anderen Unterkünften in Eichenau sollten vorrangig mit Bewohnern aus dem Lindenweg belegt werden. So könnten Schule, Kita, Arbeit, medizinische Versorgung und soziale Kontakte möglichst erhalten bleiben.

„Gemeinde und Landratsamt sollten sich nicht gegenseitig Zuständigkeiten zuschieben. Sie sollten gemeinsam einen Plan erarbeiten und öffentlich darstellen, wie eine geordnete, rechtssichere und sozialverträgliche Lösung für alle Bewohnerinnen und Bewohner aussehen kann – sogenannte ‘Fehlbeleger’ eingeschlossen.“